

**Protokoll
über die 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 17.02.2005**

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr
Ort: Wohnungslosenunterkunft in der Anne-Frank-Straße 50/51,
19061 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna PDS
Lüdtke, Hannelore SPD
Meslien, Daniel SPD
Nagel, Cornelia BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian CDU
Woywode, Robert CDU

stellvertretende Mitglieder

Leppin, Patricia Unabhängige
Bürger
Schulz, Andreas PDS

beratende Mitglieder

Pawlitzok, Heinz
Rehmer, Manfred

Verwaltung

Block, Steffen
Junghans, Hermann
Selke, Achim
Subke, Bärbel

Leitung: Erika Sembritzki

Schritfführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 7. Sitzung vom 13.01.2005 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Situation Wohnungslosenunterkunft - Besuch der Unterkunft in der Anne-Frank-Str. 50/51
5. Information KiföG
6. Information zum Stand der Haushaltsplanung 2005
7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Gäste und bedankt sich bei den Gastgebern für die Einladung.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Da keine Änderungswünsche vorliegen, wird entsprechend der in der Einladung vorgeschlagenen Tagesordnung verfahren.

Die Anwesenheit der Presse wird von den Ausschussmitgliedern gestattet.

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 7. Sitzung vom 13.01.2005 (öffentlicher Teil)**

Herr Woywode vermisst in der dem Protokoll beigefügten "Übersicht von Seniorenbetreuung" Angebote zum Seniorentanz und bittet die Verwaltung um Ergänzung.

Mit diesem Hinweis wird der öffentliche Teil des Protokolls vom 13. 1. 2005 bestätigt.

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Junghans berichtet, dass das Ergebnis der Vergabe der Fördermittel 2005 am 17. 2. 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Hervorgehoben wurde dabei vor allem, dass trotz der vorgenommenen Kürzungen Konsens erzielt wurde und dass die Angebotsstruktur im Ganzen erhalten bleiben kann. Die Form der Zusammenarbeit der beteiligten Interessengruppen wird beispielgebend für andere Bereiche sein.

Herr Woywode äußert sich unzufrieden mit dem Ergebnis speziell für den Stadtteil Krebsförden. Auch wiederholt er seine Forderung, die CDU-Fraktion an der Projektgruppe zu beteiligen und erinnert die Verwaltung daran, die Ortsbeiräte zu diesem Thema anzuhören.

Die Verwaltung verweist darauf, dass zur Angebotsstruktur in Krebsförden bereits eine Beratung mit der Diakonie, der Caritas und der Stadt terminiert wurde. Die Auswahl der Mitglieder der verwaltungsinternen Projektgruppe erfolgte ausschließlich nach der Sachkompetenz und nicht nach der parteipolitischen Zugehörigkeit.

Die Ortsbeiräte, so sichert die Verwaltung zu, werden in geeigneter Form über das Ergebnis der Fördermittelvergabe in Kenntnis gesetzt.

zu 4

Situation Wohnungslosenunterkunft - Besuch der Unterkunft in der Anne-Frank-Str. 50/51

Der Geschäftsführer der Betreiberfirma Comtact, Herr Heydorn, führt auf Bitte von Frau Sembritzki in die Thematik ein. Er macht deutlich, dass der Standort schon seit jeher für soziale Zwecke genutzt wurde (z. B. Arbeiterwohnheim in der DDR) und durch seine infrastrukturelle Anbindung und das Fehlen unmittelbarer Nachbarschaft dafür gut geeignet ist. Damit widerlegt er gleichzeitig das immer wieder aufkommende Gerücht über den bevorstehenden Abriss und verweist auf die vertraglichen Bindungen mit der Stadt.

Die Wohnungslosenunterkunft bietet vor allem den Personen Zuflucht, die nicht unter ein Gesetz fallen, und sichert ihnen den Grundbedarf an Unterkunft, Hygiene und Ernährung sowie im Bedarfsfall pflegerische und ärztliche Versorgung. Neben den Personen, die die Stadt in die Wohnungslosenunterkunft einweist (z. B. nach Wohnungsräumungen), gehören Durchreisende zu den Bewohnern mit kurzer Verweildauer. Bei den Problemfällen, bei denen eine längere Verweildauer zu verzeichnen ist, soll eine Hospitalisierung vermieden werden.

In der Unterkunft sind tagsüber drei Sozialarbeiter und eine Hauswirtschafterin/Köchin beschäftigt. Von 22.00 Uhr bis 8.00 Uhr ist die Rezeption der Einrichtung durch den Wachdienst besetzt.

Die Bewohner beteiligen sich, soweit der Gesundheitszustand es zulässt, am Leben in der Gemeinschaft.

Gemäß Vertrag hat die Einrichtung eine Kapazität von 90 Plätzen, die durchschnittliche Auslastung liegt bei 60 – 70 Plätzen. Detaillierte statistische Daten werden vom Betreiber nachgereicht und dem Protokoll beigefügt.

Eine Auflösung der Einrichtung würde nach Ansicht von Herrn Heydorn zur Kostensteigerung führen, da auch die Unterbringung der Bewohner gesichert werden müsste, die nicht in eigenem Wohnraum leben können.

Die Frage nach Kriminalität in der Wohnungslosenunterkunft wird bejaht. Auch die Gewalt gegen Frauen lässt sich nicht in vollem Umfang beherrschen, so die Aussage von Herrn Heydorn. Seiner Ansicht nach hat dies jedoch nichts mit der Einrichtung an sich, sondern mit der ohnehin vorhandenen Gewaltbereitschaft der Personen zu tun. Die Zusammenarbeit mit Polizei und dem Verein "Frauen im Zentrum" funktioniert reibungslos.

Innerhalb der Einrichtung erfolgt die Unterbringung in Ein- oder Mehrbettzimmern unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse. Eine Abstinenzverpflichtung gibt es nicht.

Derzeit wird beobachtet, dass die Hilfesuchenden jünger und schwieriger werden. Es wird erwartet, dass auch der Drogenmissbrauch bei den Bewohnern mehr als bisher eine Rolle spielen wird.

Frau Sembritzki bedankt sich nochmals ausdrücklich bei den Mitarbeitern der Einrichtung für ihr Engagement. Gemeinsames Ziel muss es jedoch bleiben, Wohnungslosigkeit zu verhindern.

zu 5

Information KiföG

Herr Buck, Abteilungsleiter und stellvertretender Amtsleiter im Amt für Jugend, Schule, Sport und Freizeit, informiert die Ausschussmitglieder über den Sachstand zur Umsetzung des KiföG.

Demnach wurde die von den Stadtvertretern am 24. 1. 2005 beschlossene Satzung zwischenzeitlich dem Innenministerium angezeigt und soll zum 1. 4. 2005 in Kraft treten.

Derzeit laufen die Verhandlungen mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen zum Abschluss von Leistungsvereinbarungen. Für den Monat März 2005 kündigt die Verwaltung die Herausgabe einer Broschüre an, die den Eltern Auskunft über Profile, Adressen, Kapazitäten und Preise der einzelnen Einrichtungen geben soll.

Die endgültigen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt können noch nicht abgeschätzt werden, da keinerlei verlässliche Daten über die Einkommenssituation der Eltern existieren. Nach wie vor geht die Verwaltung von einem Mehrbedarf von rd. 2,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr aus. Entsprechendes Zahlenmaterial liegt den Stadtvertretern bereits vor.

Auf Nachfrage, wie die Eltern auf die veränderten Beiträge reagieren, teilt Herr Buck mit, dass aufgrund der noch geltenden Übergangsphase der befürchtete Protest bisher ausgeblieben ist. Auch gibt es noch keine Anzeichen dafür, dass ein verstärkter Wechsel von Ganz- auf Halbtagsbetreuung bzw. in billigere Einrichtungen erfolgt.

Herr Heydorn, in der Funktion des Landtagsabgeordneten, nimmt die Gelegenheit wahr, sich zum Thema zu äußern und macht u. a. deutlich, dass der Förderung die Inanspruchnahme 2002 zu Grunde gelegt wurde. Alle Versuche, die im Jahr 2003 nachweislich höhere Inanspruchnahme zu berücksichtigen, sind aufgrund der fehlenden Deckung gescheitert.

Frau Sembritzki beendet die einsetzende Diskussion zur Beitragshöhe und weist auf die bestehende Beschlusslage hin.

zu 6

Information zum Stand der Haushaltsplanung 2005

Herr Junghans berichtet über die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Hauptausschusses, in der die noch strittigen Punkte zum Haushaltsplanentwurf 2005 abschließend beraten wurden. Im Sozialbereich wurde an den Prüfauftrag zur Perspektive der Zukunftswerkstatt erinnert. Einzelheiten kündigt die Verwaltung für die nächste Ausschusssitzung an.

zu 7

Sonstiges

- Die Ausschussvorsitzende kündigt an, sich in der Stadtvertretersitzung am 21. 2. 2005 zum erzielten Konsens zur Fördermittelvergabe 2005 zu Wort zu melden.
- Obwohl nicht Gegenstand dieser Ausschusssitzung erläutert Herr Junghans die Beweggründe, die Bibliothek in Lankow zur Schließung vorzuschlagen. Um den Anschaffungsetat der Hauptstelle nicht noch weiter senken zu müssen, musste nach anderen Einsparmöglichkeiten gesucht werden. Der

Kulturausschuss entschied sich aus fachlicher Sicht für zwei Standorte mit akzeptablem Buchbestand. Eine Schließung der Zweigstelle auf dem Großen Dreesch stand aufgrund der dafür bereitgestellten Fördermittel nicht zur Diskussion.

- Die planmäßig für den 10. 3. 2005 vorgesehene Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen wird auf den 17. 3. 2005 um 18:00 Uhr verschoben. Frau Leppin erinnert die Verwaltung an die Bereitstellung von Zahlenmaterial zum SGB II.

gez. Erika Sembritzki

Ausschussvorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführerin